

934/AB XXII. GP

Eingelangt am 17.12.2003

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Finanzen

Anfragebeantwortung

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 910/J vom 17. Oktober 2003 der Abgeordneten Dr. Stummvoll und Kollegen, betreffend Auswirkungen des Konjunkturpaketes I und II der Bundesregierung, beehe ich mich Folgendes mitzuteilen:

Zu 1.:

In den Jahren 1998 und 1999 kam die Budgetkonsolidierung zum Stillstand. 1999 betrug das gesamtstaatliche Defizit in Österreich rund 2,3% des Bruttoinlandsprodukts. Damit gehörte Österreich zum Schlusslicht innerhalb der 15 EU-Staaten.

Eine mittelfristige Vorschau zu Beginn des Jahres 2000 zeigte auch - basierend auf der Annahme unveränderter Ausgaben- und Steuerpolitik - von Jahr zu Jahr wachsende Defizite, eine massive Erhöhung der Schuldenlast und die schrittweise Verdrängung anderer öffentlicher Ausgaben durch Zinszahlungen.

Durch die von der Bundesregierung umgesetzten Maßnahmen hat Österreich bereits im Jahr 2001 und ein Jahr früher als ursprünglich geplant einen Budgetüberschuss von 0,3 % des Bruttoinlandsprodukts erreicht. Damit sind die Voraussetzungen geschaffen worden, konjunkturelle Schocks ohne Gefährdung der finanzpolitischen Stabilität abfedern zu können. Diese neue Qualität der öffentlichen Finanzen wird in den Jahren 2002 und 2003 sichtbar. Die Bundesregierung ließ die automatischen Stabilisatoren voll wirken.

Durch ein Maßnahmenpaket der Bundesregierung wurde sichergestellt, dass den Hochwasser-Geschädigten von 2002 rasch und unbürokratisch geholfen und dass der Wiederaufbau zügig begonnen werden konnte. Trotz internationalem Konjunktureinbruch war Spielraum für gegensteuernde Maßnahmen gegeben, der in den zwei Konjunkturpaketen, die insbesondere Verbesserungen des Wirtschaftsstandortes zum Ziel hatten, genutzt wurde. Dabei ist es gelungen, auch 2002 einen nahezu ausgeglichenen Gesamthaushalt zu erreichen.

Dazu war allerdings eine neue Politik notwendig, welche die seit langem bestehenden Bekenntnisse zu einer wirksamen Budgetkonsolidierung durch eine Reihe konkreter Maßnahmen und Reformen verwirklicht hat. Ohne diese Reformarbeit wären jetzt die Budgets in Österreich ähnlich katastrophal wie in anderen EU-Staaten.

Zu 2.:

Im Jahr 2001 kam es zu keinen Steuerausfällen, für das Jahr 2002 ist der Steuerausfall gering, da die meisten Maßnahmen mit einer Verzögerung von etwa einem Jahr aufkommenswirksam werden. Daher lassen sich die Auswirkungen auf die Steuereinnahmen der Folgejahre erst dann verlässlich schätzen, wenn die Einkommen- und Körperschaftsteuerveranlagungen für die jeweiligen Jahre weitgehend durchgeführt sind. Laufend verbucht werden

hingegen die Prämien, bis Oktober 2003 wurden folgende Beträge vom Steueraufkommen abgebucht: Investitionszuwachsprämie 234,3 Mio. € Bildungsprämie 2,2 Mio. € Forschungsprämie 4,3 Mio. € Lehrlingsausbildungsprämie 65,1 Mio. € und die spezielle Prämie für Ersatzbeschaffungen bei Katastrophenschäden 1,0 Mio. €

Zu 3.:

Die Konjunkturpakete wirkten besonders für die Bauwirtschaft stabilisierend, der quantitative Effekt betrug lt. WIFO 0,5% bis 0,75% des BIP. Die Pakete brachten 10.000 zusätzliche Beschäftigte. Impulse kamen aus den Bereichen Forschung & Entwicklung und Ausbildung; die Lehrlingsprämie wurde als Anreiz begrüßt.

Laut der WIFO-Studie ("Wirtschaftspolitik zur Steigerung des Wirtschaftswachstums" von Karl Aigner und Helmut Kramer, Projektleitung, September 2003) hatte die Einführung der Lehrlingsprämie einen deutlichen Effekt. Ein Viertel der ausbildenden Sachgütererzeuger und die Hälfte der ausbildenden Dienstleister geben an, dass die Lehrlingsprämie dazu beigetragen hat, mehr oder erstmals Lehrlinge auszubilden bzw. weniger Lehrstellen abzubauen. Das entspricht 17% aller befragten Unternehmen der Sachgütererzeugung und 14% der Dienstleister. Bei 3% der Unternehmen hat die Prämie dazu beigetragen, erstmals Lehrlinge auszubilden.

Betriebliche Weiterbildungen wurden mit den Konjunkturbelebungspaketen durch Anhebung des Bildungsfreibetrags von 9% auf 20% und - alternativ zum Bildungsfreibetrag - durch eine Bildungsprämie von 6% gefördert: Drei Viertel der Unternehmen in der Sachgütererzeugung machen ihren Mitarbeitern Angebote zur betrieblichen Weiterbildung. Bei den befragten Dienstleistern beträgt der Anteil 80%. 17% der Sachgütererzeuger, die Weiterbildungsmaßnahmen anbieten, geben heuer mehr für Weiterbildung

aus, als das ohne Freibetrag und Prämie der Fall wäre. Das entspricht 13% der gesamten Unternehmen in diesem Bereich. Bei den Dienstleistern sind es 22% der weiterbildenden Unternehmen. Das sind 18% aller befragten Dienstleister. 7% der gesamten Sachgütererzeuger und 13% der Dienstleister wurden durch Freibetrag und Prämie dazu veranlasst, Weiterbildungen durchzuführen, die sie ohne diese Maßnahmen nicht angeboten hätten. Vorzieheffekte auf Grund von Bildungsfreibetrag und -prämie melden jeweils rund ein Zehntel der gesamten Sachgütererzeuger und Dienstleister.

Zu 4.:

Die gesetzten Maßnahmen wirken sich für den Standort Österreich nachhaltig positiv aus, so dient etwa die umfassende Forschungsförderung (Forschungsfreibetrag und Forschungsprämie) wie die zahlreichen steuerlichen Investitionsanreize sowie die umfassende Bildungsförderung der langfristigen Standortsicherung.

Das WIFO schätzt, dass ohne die beiden Konjunkturpakete im Jahr 2003 ein Nullwachstum eingetreten wäre. Der Effekt der beiden Pakete für das laufende Jahr 2003 beträgt 0,5% bis 0,75% des BIP. Der höhere Wert der Bandbreite läge damit beim Wert der WIFO September-Prognose für das Wirtschaftswachstum in Österreich 2003. Hinsichtlich der Nachhaltigkeit der beiden letzten Konjunkturpakete wurde für das Jahr 2003 Vorzieheffekte von Investitionen in einem Ausmaß von 0,25% des BIP geschätzt.

Zu 5.:

Die Bundesregierung hat mit Ministerratsbeschluss vom 11. November 2003 ein Wachstums- und Standortpaket 2003 mit Investitionsanreizen beschlossen. Mit diesem Wachstums- und Standortpaket plant die Regierung eine Verlängerung der Investitionszuwachsprämie bis Ende 2004. Die entsprechende Gesetzesvorlage wurde bereits dem Nationalrat übermittelt.

Zu 6.:

Nach der Studie des WIFO liegt der Bekanntheitsgrad der Fördermaßnahmen zwischen 60% und mehr als 80% (Unternehmensbefragung).

Österreichs Investitionen im Bereich der Infrastruktur wurden im internationalen Vergleich besonders stark ausgeweitet. Während in Österreich die Wachstumsraten der Produktion im Tiefbau und besonders in der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur kräftig gestiegen sind, hat dieser Sektor in anderen EU-Ländern stagniert oder ist sogar geschrumpft (z.B. Frankreich und Deutschland).

Die Maßnahmen für die Bauwirtschaft (ASFINAG und SCHIG) im Rahmen der bisherigen Konjunkturpakete waren erfolgreich:

Die Investitionen der ASFINAG in das Straßennetz stiegen von etwa 550 Mio. € im Jahr 2001 auf etwa 700 Mio. € im Jahr 2002; für 2003 wird ein weiterer Anstieg auf gut 1 Mrd. € erwartet. Die Investitionen der SCHIG in die Schieneninfrastruktur lagen im Jahr 2001 bei etwa 900 Mio. €, sie betrugen im Jahr 2002 etwa 975 Mio. € und dürften heuer ebenfalls auf gut 1 Mrd. € steigen. Die Ausweitung der Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur dürften im Jahr 2002 die Produktion in diesem Bereich um etwa 250 Mio. € und im Jahr 2003 um etwa 400 Mio. € steigern.

Unter Annahme der üblichen Multiplikatoren könnte in der Folge der Impuls der Verkehrsinfrastrukturinvestitionen für das BIP eine Größenordnung von knapp $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt im Jahr 2002 und etwa $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt im Jahr 2003 betragen.

In welchem Umfang die Kapitalnutzungskosten durch die Investitionszuwachsprämie sinken werden, kann lt. WIFO nur schwer abgeschätzt werden, da diese vom geplanten Investitionszuwachs des einzelnen Unter-

nehmens und von vielen anderen Faktoren abhängen (Realzinssatz, Abschreibungsrate, unternehmerisches Finanzierungsverhalten). Laut WIFO gaben 15% der informierten Unternehmen bei den Sachgütererzeugern an, die Investitionszuwachsprämie habe zu einer Steigerung ihrer Investitionstätigkeit im heurigen Jahr (2003) beigetragen. Betrachtet man nur die Vorzieheffekte der Investitionszuwachsprämie, so haben 11% der Dienstleister und 8% der Sachgütererzeuger angegeben, die Prämie habe dazu beigetragen, für später geplante Investitionen noch heuer durchzuführen.

Für 2003 werden voraussichtlich 300 Mio. € an Investitionszuwachsprämie ausgezahlt werden.

Zu 7.:

Laut WIFO liegt Österreich bezüglich der Regulierung der Arbeitsmärkte nach den OECD-Indikatoren im europäischen Durchschnitt, die Regulierung ist stärker als in Dänemark, etwa gleich stark wie in Schweden, Finnland und den Niederlanden. Die Regulierungsdichte ist in Österreich bisher geringer als in Deutschland. Die Flexibilität auf betrieblicher Ebene, die Anpassung der Lohnentwicklung an die Produktivität und die Berücksichtigung des makroökonomischen Umfelds sind beachtlich.

Zu 8.:

Zunächst stellt das WIFO fest, dass den größten Beitrag zur Erhöhung der Forschungsquote in den letzten Jahren zunächst internationale Unternehmungen und dann in den Jahren 1998 bis 2002 die öffentliche Hand beisteuerte. Trotzdem würde ohne zusätzliche Maßnahmen die Forschungsquote auf dem unbefriedigenden Niveau von 2% stagnieren. Zur Erreichung des 2,5%-Ziels erachtet das WIFO daher zusätzliche Ausgaben der öffentlichen Hand, eine Aufbruchsstimmung in der Privatwirtschaft und eine steigende Attraktivität Österreichs als Standort von Forschungszentren für internationale Firmen als notwendig.

Laut WIFO sollten strukturpolitisch wünschenswerte Maßnahmen intensiviert und auf drei Bereiche konzentriert werden: Forschung und Innovation, Ausbildung und Weiterbildung sowie Reformen auf dem Arbeitsmarkt. In allen Bereichen sind finanzielle und organisatorisch/strukturelle Maßnahmen nötig.

Das WIFO schlägt daher vor:

- ein Paket zu schnüren, das Österreich zu einem der attraktivsten Länder für Forschung in bestehenden Unternehmen und die Ansiedlung von Forschungseinrichtungen internationaler Unternehmen macht und
- zweitens Impulse für neugegründete, wachsende und technologieorientierte Klein- und Mittelbetriebe zu schaffen.

Als Eckpfeiler eines solchen Paketes regt das WIFO an, den steuerlichen Forschungsfreibetrag einheitlich mit 25% festzusetzen, wobei Forschungsausgaben nach der OECD-Definition abgegrenzt werden und Software und immaterielle Investitionen einschließen sollen. Alternativ soll ein Betrieb eine Forschungsprämie von 12% in Anspruch nehmen können. Dieses System soll die derzeitige komplexe Regelung mit zwei Forschungsbegriffen und drei Förderungsstufen ersetzen und Österreich zu einem der attraktivsten Forschungsstandorte in Europa machen.

Weiters empfiehlt das WIFO für die direkte Forschungsförderung:

- die Zusammenführung der Forschungsförderung in 4 bis 5 Programmlinien
- eine verbindliche technologiepolitische Strategie
- und eine kontinuierliche Dotierung und laufende Evaluierung der Förderungen.

Für eine mittelfristige Finanzierung wäre ein kontinuierlicher Anstieg der staatlichen Förderung mit einem festgesetzten Steigerungssatz (z. B. um 10% pro Jahr) bis zur Erreichung des 3%-Ziels festzuschreiben.

Die derzeitige Lücke in den Forschungsfonds, bei den Fachhochschulen und im Universitätsbereich ist mit einem zusätzlichen Betrag von ca. 100 Mio. € zu decken. Ein österreichischer Nationalfonds soll entscheidende Impulse geben, seine Mittel sollten auch aus Privatisierungserlösen, privaten Spenden und Erbschaften dotiert werden, die Mittelvergabe muss mit den skizzierten Schwerpunktlinien in Einklang gebracht werden.

Weiters empfiehlt das WIFO, technologische Neugründungen stärker zu fördern und Forschungsprogramme mit europäischer Dimension besonders zu unterstützen, da die im 6. Rahmenprogramm geforderte Projektgröße wegen der kleinbetrieblichen Struktur von Betrieben und Forschungseinrichtungen einen Ausschluss Österreichs aus der internationalen Forschung bedeuten würde.

Im Bereich Bildung stellt das WIFO in seiner Studie ein quantitatives Defizit im tertiären Bereich, insbesondere bei den technisch-naturwissenschaftlichen Absolventen, fest und schlägt vor, diesen Bedarf unter anderem durch mehr Fachhochschulabsolventen und schnellere Studienabschlüsse an den Universitäten abzudecken. Außerdem soll durch Studienberatung eine Verlagerung der Studentenzahlen in den technisch-naturwissenschaftlichen Bereich motiviert werden.

Hinsichtlich der berufsorientierten Bildung und Weiterbildung empfiehlt das WIFO die Verbesserung insbesondere der Qualifikation im untersten Bildungs- und Einkommenssegment durch ein System modularer Weiterbildung und Höherqualifikation. Die berufsorientierten Ausbildungsausgaben sollten steuerlich sowohl bei den Unternehmen als auch individuell

gefördert werden, um den Anreiz für Weiterbildung und lebenslanges Lernen zu erhöhen. Außerdem sollte eine Zertifizierungsagentur eingerichtet werden.